

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER

Grußwort

Ein Grußwort hatte ich zugesagt. Dabei soll es bleiben. Allerdings waren Sie, sehr geehrter Herr Dr. Theisen, so freundlich, dafür eine längere Zeitspanne einzuräumen. Und die sollte dann auch nicht ganz ungenutzt verstreichen. Das bietet sich hier um so mehr an, weil die Umstände, die dieses Grußwort begleitet haben, als Paradigma für die Berechtigung Ihres Generalthemas in Anspruch genommen werden könnten.

Ich hatte das Grußwort zugesagt – aus denselben Gründen, die für mich leitend waren, als mir die Schirmherrschaft für den Bitburger Gesprächskreis angetragen wurde:

- in Anerkennung des nun schon mehr als 20jährigen verdienstvollen Wirkens dieses Gesprächskreises für die Rechtspolitik,
- verbunden mit der Bereitschaft, dieses Wirken auch meinerseits mit den mir zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen,
- letzteres nicht zuletzt auch mit dem Hintergedanken, die von Ihnen so trefflich ausgestattete Bühne zur Vertiefung und Förderung eigener rechtspolitischer Anliegen zu nutzen,
- eine „Eigennützigkeit“, für die sich Politiker und Politikerinnen – angesichts einer manchmal allzu strengen Kritik dieser Zunft, wie sie derzeit en vogue ist, – schon fast entschuldigen müssen.

Diese Unterstützung will ich auch weiterhin leisten. Für das 28. Bitburger Gespräch in vier Wochen habe ich einen Beitrag zu Perspektiven der Europäischen Integration fest zugesagt.

Hier für Bischofsgrün hat mir der Terminkalender einen Strich durch meine Planung gemacht, und auch Herr Heyde, der Leiter der öffentlich-rechtlichen Abteilung des Bundesministeriums der Justiz, der – in Absprache mit Ihnen, Herr Theisen, – für mich zu Ihnen kommen wollte, ist kurzfristig verhindert: Er muß zu „Fundierungsarbeiten“ für die im Maastrichter Vertrag konstituierte dritte Säule – die Zusammenarbeit in der Rechts- und Innenpolitik – nach Brüssel.

Diese Konstellation

- ein Grußwort;
- für einen Vertreter konzipiert
- und von seinem Vertreter vorgetragen,

beleuchtet zumindest einige Seiten Ihres facettenreichen Gesamthemas zur gegenwärtigen Diskussion um eine Politik- und Parteienverdrossenheit,

- die häufig beklagte mangelnde Tuchfühlung zum Bürger,
- das gleichzeitige Tummeln auf den verschiedensten politischen Feldern,
- den Spagat, der in vielfältiger Form dem Politiker alltäglich abverlangt wird.

In der Kritik einiger Kritiker klingt das allerdings wesentlich schriller:

- ungenügende Sensibilität für neuartige Entwicklungen,
- Dickfelligkeit gegenüber öffentlicher Kritik,
- kurzatmiges taktisches Denken,
- ungenierte Okkupation öffentlicher Ämter durch Parteien,
- Mangel an moralischer Qualifikation,
- Diskrepanz zwischen Reden und Handeln.

Selbst für schriller vorgetragene Kritik habe ich ein offenes Ohr – zumal dann, wenn sie denn wirklich von dem von der Politik und ihren professionellen Kritikern nur allzu gerne zitierten „Bürger“ kommt. Ihm billige ich – angesichts fehlender Routine in der öffentlichen Auseinandersetzung – auch ein gehörig Maß überschießenden Engagements zu.

Für einige der professionellen – insbesondere einiger professoraler – Kritiker gilt das nicht so uningeschränkt. Sie zeichnen das Bild einer idealen Politik, das sich rasch an den Widrigkeiten des Alltags bricht und dann allzusehr fundamentalistische Züge annimmt. Claus Leggewie, ein Kritiker dieser Art von Parteienkritik, hat sie treffend dahin gekennzeichnet:

Diese Kritik „verwickelt sich . . . in Widersprüche und produziert serienweise double binds. (Man) wünscht sich den professionellen Krisenmanager und den Politikamateure zum Anfassen in einer Person. (Man) möchte ‚klare Alternativen‘, aber ein ‚Krach‘ in jeder Form (wird) verabscheut. (Man) sehnt sich nach Harmonie, geißelt aber die Kompromisse, die die Politiker aushandeln. Man träumt von der Wiederkehr der starken Persönlichkeit, doch wehe, wenn . . . (Man) wünscht Seriosität, aber jede Talkschau, in der nicht die Fetzen fliegen, . . . wird ungeduldig abgeschaltet.“

Mit einem Wort: Ein Heiliger müßte man sein. Zumindest das von mir an den Anfang gestellte Problem der Terminüberlastung würde sich dann anders darstellen. Denn die Befähigung, an mehreren Orten zu gleicher Zeit wirken zu können, gilt als eine Voraussetzung – oder vielleicht auch nur als ein Indiz – für die Heiligsprechung.

Herrn Genscher wurde sie schon nachgesagt: Es konnten gleichzeitig Meldungen derselben Presseagentur über sein Wirken an ganz verschiedenen Ecken dieser Erde vorgelegt werden. Seine Heiligsprechung ist deswegen noch nicht betrieben worden. Und das gilt gleichermaßen für andere Politiker, für die vergleichbare Nachweise geführt werden könnten.

Was würde eine Heiligsprechung im übrigen denn auch bewirken können? Selbst bei Beschränkung der Politik auf einen Kreis von Heiligen würden die angesprochenen Probleme doch nur in einigen Aspekten gemildert, in anderen wahrscheinlich sogar verschärft und jedenfalls nicht prinzipiell ausgeräumt werden. „Auch wenn“ – worauf Dettling hinweist – „Abgeordnete und Minister nicht mehr 1. Klasse fliegen, weniger verdienen, länger auf ihre Altersversorgung warten müssen, werden sich Politik- und Parteiverdrossenheit nicht einfach lösen.“ Im einzelnen verweise ich dazu pauschal auf eingehendere Untersuchungen der Organisationstheorie und beschränke mich hier weiterhin auf die weniger gesicherte Hagiographie. Sie dürfte dem Rahmen eines Grußwortes angemessener sein, gestattet es mir jedenfalls, einige Facetten, die sich um die Bilokation und der in ihr angelegten Tendenz zur Ubiquität zeigen, in lockererer Form zu entwickeln, also:

- die schlichte Frage nach dem Warum einer solchen terminlichen Überforderung mit der Tendenz zur Multilokation,
- sodann der Vorwurf allzu umfangreicher Besetzung aller möglichen Politikfelder durch die politischen Parteien – also der Totalitätsanspruch als Ergebnis der aus der Bilokation erwachsenden Tendenz zur Allgegenwart
- sowie die Kehrseite dieser Medaille: die Tendenz zur Ausbildung omnipräsenter und omnipotenter Parteien – ihre Bürokratisierung, Hierarchisierung und Personifizierung bis hin zur Präsentation nur noch einiger weniger Persönlichkeiten für den Wahltag.

Um mit der terminlichen Überforderung zu beginnen: Der Hinweis auf die Machtversessenheit von Politikern ist zwar medienwirksam, greift aber zu kurz. Wir brauchen dazu nur einmal routinierte Veranstalter zu befragen, die halbwegs gefüllte Zuhörersäle garantieren sollen. Ein „Zugpferd“ muß gewonnen werden – und dazu fallen den Organisatoren dann zumeist kaum mehr als zwei oder drei Dutzend Namen ein. Sicherlich: das läßt sich dann noch ein wenig nachbessern, indem man sich bei Mitarbeitern, Freunden und Bekannten umhört. Doch die Grenze ist stets erreicht, wenn der Zuhörer, der hier gewonnen werden soll, mit dem vorgeschlagenen Namen nichts mehr verbindet. Die Gedächtnisleistung aller Beteiligten setzt bereits Grenzen, bevor jener Popanz von einem Politiker, der sich keine bessere Freizeitgestaltung wünscht, als von einem Termin zum anderen gehetzt zu werden, überhaupt Platz greifen könnte.

Entsprechendes scheint mir für das Bemühen politischer Parteien zu gelten, möglichst viele Politikfelder zu besetzen – einschließlich der daraus resultierenden Tendenz zu Ubiquität und Omnipräsenz: Auch hier scheint mir das Bild einer machthungrigen Clique nimmersatter Politiker schlicht am Problem vorbeizugehen. Politik tendiert zur Erfassung von mehr und mehr Lebensbereichen. Für die Staatsrechtslehre hat das Herbert Krüger vor 30 Jahren noch einmal zusammengefaßt: Es gibt kaum einen Sachbereich, der nicht potentiell politisch werden kann. Krüger kann sich dazu auf den 300 Jahre älteren Jonathan Swift berufen, der in „Gullivers Reisen“ diese Möglichkeit potentieller Politisierung jedes Lebensbereiches an den beiden Streitthemen karikiert hat, die die Innen- und Außenpolitik Liliputs seit Jahren beherrschten:

- der Streit der benachbarten Kaiserreiche zu der Frage, ob man Eier am spitzen oder am breiten Ende öffnen solle,
- und innenpolitisch in der Auseinandersetzung der beiden tragenden politischen Kräfte, die sich im politischen Wettbewerb in die Partei der Hochhackigen und die Partei der Flachhackigen schied.

Und zu keinem anderen Ergebnis kommt die Organisationssoziologie, wenn sie auf die spezifische Leistung, die unser politisches System von den Parteien erwartet, rekurriert: Die Parteien haben – wie es bei Niklas Luhmann heißt – die Aufgabe, immer wieder neue „Themen und Personen auf politische Tragfähigkeit zu testen, Konsenschancen vorzubereiten, ohne schon gleich auf Durchsetzung des Erwogenen verpflichtet zu sein.“ Und der öffentlichkeitswirksame Vorwurf, die Parteien hätten gerade ihre Fähigkeit zur Lösung komplexer Themen verloren, setzt eben diesen Begriff des Politischen als potentiell jeden Lebensbereich erfassenden Modus voraus, so daß die gleichzeitig damit verbundene Kritik an den Parteien, alle Lebensbereiche zu erfassen, in dieser Schlichtheit daneben greift.

Trifft aber diese Kennzeichnung des Politischen zu, so könnten sich – wie gesagt – selbst Heilige auf diesem Felde tummeln. Auch sie würden sich nicht den daraus erwachsenden Sachgesetzlichkeiten einfach entziehen können. Das gilt jedenfalls so lange wir es mit *lebenden* Heiligen zu tun haben, also mit Personen,

- die nur über beschränkte Ressourcen an Aufmerksamkeit, Verarbeitungskapazität und Wissen verfügen können und
- für die – selbst im Falle von Universalgenies – zumindest die knappe Ressource „Zeit“ ihren Tribut fordert.

Da schöpft keiner aus dem Vollen, da muß jeder auf Ergebnisse, Meinungen und Entscheidungen aufbauen, die er nicht in allem ändern oder überprüfen kann. Und da kann sich selbst der Genialste nicht den Eigengesetzlichkeiten entziehen, die sich aus dem Bemühen, daraus erwachsende Unsicherheiten abzusichern, immer wieder neu entwickeln – wie z. B.

- die Zuspitzung von komplexen Problemen zu einem Entweder/Oder (eine ohnedies bestehende Tendenz, die zudem in der Demokratie durch die Rollenverteilung auf Regierung und Opposition noch verstärkt wird)
- oder die Stabilisierung riskanter Entscheidung entlang markierter Frontlinien.

In einer größeren Stadt – ich glaube, es war Wien, – soll sich einmal diese Frontlinie festgemacht haben an der Frage, was zweckmäßiger sei,

- der Bau einer Untergrundbahn
- oder die Tieflegung der Straßenbahn.

Die Stadt entschied sich – entsprechend den seinerzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Rat – für die Tieflegung der Straßenbahn, und als dann – im Zuge weiterer Verkehrsverdichtung – dieses Konzept an Grenzen stieß, war ein Wechsel zum U-Bahn-Konzept aufgrund der politischen Streitlage ausgeschlossen. Man entschied sich statt dessen für die „Tiefunterpflasterbahn“ – und ich weiß nicht, ob man inzwischen die ins Land gegangenen 30 Jahre dazu nutzen konnte, den nunmehr nur noch terminologischen Unterschied im Sinne des allgemeinen Sprachgebrauchs zu bereinigen.

Auch die übrigen kurz angesprochenen Punkte – Verfestigung der Organisationsstrukturen politischer Parteien, Herausstellung eines kleinen Kreises von Politikern – folgen in erheblichem Maße Eigengesetzlichkeiten: Zur Diskussion stehen eben nicht nur Einzelthemen. Wer das als ausschließliches Selektionskriterium forderte, würde sehr schnell an Grenzen des politischen Systems stoßen – gerade angesichts der allenthalben immer wieder hervorgehobenen Komplexität politischer Problemlagen. Zur Wahl steht immer und gerade auch, durch wen und wie Alternativen hervorgebracht werden – und das führt dann zur Hierarchisierung und Personifizierung innerhalb von Entscheidungsgremien. Der Wähler würde sehr schnell das Handtuch werfen, wäre er mit der ganzen Komplexität der innerparteilichen Meinungsbildung, der Selektion von Politikfeldern und der Zuspitzung zu Entscheidungen konfrontiert. Wie schnell sind wir im Alltag mit dem Unmut von Wählern konfrontiert, wenn innerhalb einer politischen Partei Diskussionen kein Ende finden und der Wähler zur Überzeugung gelangt, daß mit einer solchen Partei kein Staat zu machen ist.

Der in diesem Zusammenhang notwendige Hinweis auf die Massenmedien rundet das Bild nur ab, berechtigt aber nicht dazu, diese Medien zu den Hauptverantwortlichen zu stempeln. Es gilt auch hier zunächst, das Feld politischen Agierens mit seinen Eigengesetzlichkeiten genauer zu eruieren, um Abhilfe dort anzusetzen, wo sie überhaupt greifen kann.

Ich muß es bei diesen wenigen Bemerkungen bewenden lassen. Allerdings ist wohl noch eine Ergänzung zu einem Punkt erforderlich: Eine Problemauseinandersetzung,

- die nicht schlicht von einer Partei- und Politikverdrossenheit ausgeht, um sogleich zur Frage der Besserung überzugehen,
- sondern auf die Notwendigkeit sachgerechter Analyse und Berücksichtigung von Eigengesetzlichkeiten hinweist

kann allzu leicht als Rechtfertigung der bestehenden Verhältnisse mißverstanden werden. Nichts liegt mir ferner als das. Ich war eines der wenigen Mitglieder der Bundesregierung, die nachdrücklich auf die Öffnung des Grundgesetzes in Richtung auf mehr Teilhabe des Einzelnen an politischen Entscheidungen gedrungen hat. Leitend war dabei für mich – wie Sie schon der sehr spezifischen Beschränkung meines Vorschlages auf die Volksinitiative entnehmen können – nicht irgendeine romantische Verklärung des „Volks“, sondern der Versuch einer sachgerechten Antwort auf Defizite im Prozeß der Herausfilterung politisch relevanter Themen.

Sie haben für das hiesige Gespräch das Generalthema „Parteien- und Politikverdrossenheit“ unter den besonderen Aspekt gestellt:

„Beruf und Mandat – Teilhabe an Gesetzgebung und Kontrolle der *Landesparlamente*“.

Gerade diese Spezifizierung in Richtung auf die *vertikale* Gewaltenteilung scheint mir ein weiterer wesentlicher Aspekt zu sein, um apolitischen Tendenzen entgegenzuwirken. Es geht um die Ausweisung und um die Sicherung autonomer Bereiche. Denn wenn Politik schon zu einem umfassenderen Zugriff neigt, so ist es um so wichtiger, daß ein zentraler Zugriff nur erfolgt, wenn er unabweisbar ist. Die gegenwärtige Diskussion um die Subsidiarität – nicht nur in Europa, sondern gleichermaßen auch im föderalen Aufbau und im Verhältnis zu den Kommunen – gibt einen begrüßenswerten Ansatz innerhalb einer Diskussion, die allzu sehr von Pessimismus und Mißmut geprägt ist.

In diesem Sinne begrüße ich gerade auch Ihr heutiges Thema, bedaure noch einmal, daß ich persönlich nicht teilnehmen kann, und wünsche Ihnen vollen Erfolg – letzteres wiederum nicht ohne Eigennutz, da ich bei aller Belastung doch noch gelegentlich die Zeit finde, wenigstens solche grundsätzlichen Gespräche in späteren Veröffentlichungen nachzulesen.